

Zahlen der angeblichen Corona-infizierten eine Schätzung

Die Mehrheit der 400 Gesundheitsämter meldet dem RKI nicht, ob sie ausreichend Kapazitäten haben, Corona-Infizierte zu betreuen. Die "vollständige Kontaktnachverfolgung" von Corona-Infizierten sei "die Grundvoraussetzung für weitere Öffnungsschritte". Darauf hatten sich am 30. April Bundeskanzlerin Merkel und die Regierungschefs der Länder geeinigt. Im Beschluss der Konferenz heißt es zudem: Seit dem 24. April würden alle Gesundheitsämter in Deutschland an das Robert Koch-Institut (RKI) melden, ob bei ihnen "die vollständige Kontaktnachverfolgung gewährleistet, gefährdet oder bereits aktuell nicht mehr möglich ist".

Doch tatsächlich haben dies bis Anfang Mai weniger als die Hälfte der Landkreise getan. Dies geht aus dem Lagebild "Corona" von Innen- und Gesundheitsministerium von dieser Woche hervor. Demnach haben von den insgesamt 401 Landkreisen 158 gemeldet, dass ihre Kapazitäten ausreichen. Wie dann hieraus ein angeblich zutreffendes Lagebild erstellt wird ist rätselhaft.



Am 8. Mai 1945 endete nach 6 Jahren der Krieg. Millionen Menschen fanden den Tod und auch nach diesem Tag nahm das Leid kein Ende. Massenvergewaltigungen in den besetzten Gebieten, Raub und natürlich die Vertreibungen von Millionen Deutschen aus den besetzten Ostgebieten führten dazu, dass vielen Menschen nicht nur ihre Heimat entrissen wurde, sondern auch ihr gesamtes Hab und Gut. Gerade an diesen Tagen wird wieder sehr einseitig über die Taten berichtet. Welches Leid und Unrecht aber Millionen erfahren mussten, die nichts mit der NS-Diktatur zu tun hatten, wird vergessen. Dafür fordern Staaten wie Polen hunderte Milliarden Euro Reparationszahlungen von Deutschland, die nach dem Krieg fast ein Drittel unseres Landes in Unterverwaltung erhielten, um es sich dann einzuverleiben.

Bremen ist Eldorado für Linksextremisten

Was passiert, wenn eine rot-rot-grüne Konstellation politische Verantwortung übernimmt, zeigt sich in Bremen. Dort nimmt die Gewaltbereitschaft militanter Linksextremisten deutlich zu. Zu dieser Einschätzung kommen auch der polizeiliche Staatsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz. In den ersten Monaten des Jahres hat es bereits mehrere Brandanschläge gegeben, zu denen entweder einschlägige linke Bekennerschreiben vorliegen oder bei denen die Sicherheitsbehörden aufgrund der Umstände eine linksextremistische Täterschaft annehmen. Zuletzt wurde in der vergangenen Woche der Verwaltungssitz der AWO attackiert. Unbekannte warfen Pflastersteine und mit Farbe gefüllte Flaschen auf das Gebäude. Auf der Internet-Plattform Indymedia.org zeichneten am Tag darauf „autonome Gruppen“ für den Anschlag verantwortlich. Opfer linker Gewalt sind aber auch Polizei und Andersdenkende. Daher muss der linken Meinungsdictatur konsequent entgegengetreten werden.

EU empfiehlt den bestehenden Einreisestopp zu verlängern

Die EU-Kommission hat wegen der Corona-Pandemie empfohlen, den Einreisestopp ein weiteres Mal zu verlängern. Die Brüsseler Behörde forderte die Mitgliedstaaten auf, die Beschränkungen bis zum 15. Juni aufrechtzuerhalten. Das Einreiseverbot war erstmals Mitte März verhängt worden. Es wurde bisher einmal - bis Mitte Mai - verlängert.

Nicht betroffen sind EU-Bürger und Ausländer, die dauerhaft in den Mitgliedstaaten leben. Auch medizinisches Personal und andere Experten, die im Kampf gegen die Pandemie benötigt werden, sowie Beschäftigte des Transportgewerbes und Saisonarbeiter sind.

Während einige EU-Mitgliedstaaten ihre Regeln gegen eine Ausbreitung des Virus lockerten, bleibe die Lage "in Europa und weltweit instabil", erklärte die Kommission. "Daher sollten Maßnahmen an den Außengrenzen fortgesetzt werden, um das Risiko einer weiteren Ausbreitung der Krankheit durch Reisen in die EU zu verringern." Auch zwischen EU-Staaten bleiben Grenzen geschlossen. Oberstes Ziel bleibe es, die volle Freizügigkeit im Schengenraum wiederherzustellen, sobald die Gesundheitslage dies zulasse, sagte EU-Innenkommissarin Johansson.

Zuerst sollten dann aus Sicht der EU die Kontrollen an den Binnengrenzen schrittweise aufgehoben werden. "Erst dann können wir die Beschränkungen an

den Außengrenzen abschaffen." Umgesetzt haben den Einreisestopp an den Außengrenzen bislang alle EU-Staaten mit Ausnahme Irlands sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Die EU kann die Verlängerung nur empfehlen. Die Umsetzung liegt in der Kompetenz der nationalen Regierungen. Viele EU-Mitglieder haben zudem nationale Einreisebeschränkungen zu anderen EU-Ländern erlassen - auch Deutschland. Menschen, die weder Deutsche noch dauerhaft hier ansässig sind, dürfen nur noch aus "triftigem" Grund einreisen. Jeder einreisende muss sich für zwei Wochen in Quarantäne begeben. Trotzdem werden aber weiterhin Asylbewerber aufgenommen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

REP gegen Erhöhung der OB-Stellvertretung

In seiner konstituierenden Sitzung entfachte sich im Forchheimer Stadtrat eine Diskussion. Die neuen Summen für die OB-Stellvertretung versechsfachten die Kosten. Die Stadt Forchheim beschreitet einen neuen Weg, die Aufgaben des Oberbürgermeisters auf mehrere Schultern zu verteilen. Ein Stück weit geht das in Richtung von berufsmäßigen Stadträten, wie sie in großen Städten immer öfter der Fall ist und deutlich höhere Kosten verursacht. Hiergegen sprachen sich die Republikaner im Rat der Stadt Forchheim aus und stimmten natürlich gegen die unnötigen Erhöhungen.

Asylant erschlägt Rentnerin, weil sie ihm kein Geld geben wollte

Weil er eine 79-jährige Güstrowerin mit einer Gartenschere erschlagen haben soll, muss sich vom kommenden Donnerstag an ein 44-jähriger Mann vor dem Landgericht Rostock verantworten. Der Ukrainer, der seit 2016 in Güstrow als Asylbewerber lebte, habe Mitte September 2019 die Frau zu Hause aufgesucht, um Geld oder Lebensmittel zu erbitten. Als sich die Frau weigerte, ihm Geld zu geben oder die Tür zu öffnen, habe der Angeklagte eine Gehwegplatte gegen die Eingangstür geworfen, um so ins Haus zu kommen. Dies funktionierte aber nicht. Dann sei die Frau zur offenen Kellertreppe geeilt, um sie zu schließen. Doch der Mann sei schneller gewesen und habe sie sofort bedrängt. Als er erneut zurückgewiesen worden sei, habe er sie mit einer Gartenschere so heftig gegen den Kopf geschlagen, dass die Frau gestorben sei.

Wie das Landgericht hinzufügte, ist das Asylbegehren des Mannes, der seit dem Tattag in Untersuchungshaft sitzt, inzwischen rechtskräftig abgelehnt worden.

Mehr als 2.000 islamistische Gefährder in Deutschland

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist in Deutschland laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz „immer noch hoch“. Nach Angaben einer Sprecherin der Behörde halten sich derzeit 2.080 Personen in Deutschland auf, die ein islamistisch-terroristisches Potenzial haben. Der salafistischen Szene werden 12.150 Islamisten zugerechnet. Das sind 1.350 mehr als im Sommer 2018. Das Amt habe Kenntnis von 1.060 Islamisten, die in den vergangenen Jahren „islamistisch motiviert“ in Richtung Syrien und Irak ausgereist waren. Während sich einige hundert von ihnen in syrischen und irakischen Gefängnissen befänden, sei etwa ein Drittel der Ausgereisten inzwischen wieder zurückgekehrt. Gerade von diesen kampferfahrenen Personen geht eine hohe Gefahr aus.

Immer mehr Kundgebungen gegen Corona-Einschränkungen

Quer durch die Republik finden Kundgebungen gegen die Einschränkungen statt. Am 09.05 demonstrieren voraussichtlich tausende Gegner der Corona-Maßnahmen wieder in Stuttgart. Die Teilnehmer der Demos eint dabei der Unmut über die Corona-Maßnahmen der Regierung. Sogenannte „Experten“ äußern sich natürlich besorgt, dass die bundesweiten Veranstaltungen angeblich als eine Plattform für Verschwörungstheoretiker, Rechtspopulisten und Impfgegner dienen würde, dabei ist der Protest legitim und begründet. Eigenständiges Denken ist gerade in der aktuellen Zeit in Deutschland wieder einmal unerwünscht.

Aktuelle Veranstaltungen unserer Partei

Aufgrund der aktuellen Lage finden die Veranstaltungen unserer Partei nicht oder nur sehr eingeschränkt statt. Vor dem Hintergrund einer möglichen Gefährdung bitten wir alle Teilnehmer deshalb, vorher mit dem jeweiligen Kreisverband in Kontakt zu treten und nachzufragen, ob die Sitzung wirklich stattfindet.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**

Jetzt informieren

- O Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung**
- O Ich möchte Mitglied werden**
- O Ich bitte um weiteres Infomaterial**

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.